

Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim  
Herrn Peter Boch  
Neues Rathaus Marktplatz 1  
75175 Pforzheim

Pforzheim, den 07.02.2022

Pflegenotstand plus Impfpflicht: Verschlechtert das die Situation in Pforzheim?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Boch,

wir bitten die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen in dem weiter begründeten Sachverhalt bzw. Zusammenhang:

1. Wie schätzen Sie die Auswirkungen der kommenden berufsbezogenen Impfpflicht auf die Stadt Pforzheim ein?
2. Welche Maßnahmen müssen von Seiten der Stadt Pforzheim ergriffen werden, um die Einhaltung der Impfpflicht zu kontrollieren?
3. Gibt es verlässliche Zahlen (oder wenigstens Schätzungen), wie viele Beschäftigte in Gesundheits- und Pflegeberufen nach den aktuellen Vorgaben ab 16. März 2022 ihrer Tätigkeit nicht mehr oder nur eingeschränkt nachgehen können?
4. Wie viele Einrichtungen werden ab 16. März ihren Betrieb nicht mehr oder nicht mehr vollständig aufrecht erhalten können, weil Personal aufgrund der Impfpflicht fehlt? Bitte unterteilen in Kliniken, Praxen, Pflegeheime und Rettungsdienste.

Begründung:

Der Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe (VDAB) veröffentlichte in ihrer Pressemitteilung vom 25. Januar 2022 eine Warnung. Diese besagt, dass die professionelle Pflege und allgemeine pflegerische Versorgung, in einigen Bundesländern im März zu kollabieren drohe.<sup>1</sup>

„Wenn nach dem Einsetzen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht Pflegekräfte mit Betretungsverboten belegt werden, droht die pflegerische Versorgung in besonders stark von der Pandemie betroffenen Bundesländern zusammenzubrechen“, heißt es in der Pressemitteilung. So müssen nach dem Beschluss der Umsetzung einer einrichtungs- und berufsbedingten Impfpflicht, die Bundesländer (und letztlich die Kommunen) für eine Sicherung der pflegerischen Versorgung über den 15. März hinaus sorgen. Denn laut dem Präsidenten des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa), Bernd Müller, bringen „schon einzelne Mitarbeitende, die dem Beruf den Rücken kehren, (...) die Versorgung von Pflegebedürftigen in einer Pflegeeinrichtung in Gefahr“.

Außerdem berichten derzeit viele Kommunen über einen riesigen Verwaltungsaufwand, der durch die einrichtungsbezogene Impfpflicht und die zahlreichen dadurch erforderlichen Einzelgespräche mit Mitarbeitern den Kommunen vom Bund auferlegt werden, für sie nicht zu stemmen wären. In anderen Ländern hingegen, wird aber aktuell von berufsbezogenen oder generellen Impfpflichten Abstand genommen, da es hierfür (u.a. auch aufgrund der Entspannung durch Omikron) keine wissenschaftliche Basis mehr gibt.

Mit freundlichen Grüßen

Diana Zimmer  
Fraktionsvorsitzende



Alexsei Zimmer  
Stadtrat



<sup>1</sup> <https://www.vdab.de/presse/pressemitteilungen/news/warnung-im-maerz-droht-die-professionelle-pflege-in-einigen-bundeslaendern-zu-kollabieren/>